

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt Elsfleth und Umgebung. 1933-1940 1934

86 (24.7.1934)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-893174](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-893174)

Nachrichten

für Stadt Elsfleth und Umgebung

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Im Falle von unverschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Leitung: H. Zirk, Druck und Verlag von L. Zirk.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten. Bei gerichtlicher Klage, Konkursverfahren usw. wird etwa bewilligter Rabatt hinfällig.

Abzugspreis mit der Beilage „Heimat und Welt“ monatlich 1,00 RM ausschließlich Bestellgeld, Einzelpreis 10 Pf. DV VI 34: 572. Druck und Verlag: L. Zirk, Elsfleth. Druckverfassung: H. Zirk, Elsfleth. Grundpreis: Die 46 mm breite Anzeigenmillimeterzeile 4 Pf. (nähere Bedingungen in der Anzeigenpreisliste 2, Nachschaffst. A), die 90 mm breite Textmillimeterzeile 20 Pf. Verantwortlicher Anzeigenleiter: H. Zirk, Elsfleth. Für durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen kein Einspruchsrecht. Schließplatz 17.

Nr. 86

Elsfleth, Dienstag, den 24. Juli

1934

„Freiheit“ der Saarabstimmung

Am 1. Juni ist zwischen den deutschen und den französischen Saar-Unterhändlern in Genf eine Vereinbarung über die Saarabstimmung zustande gekommen, die die Grundvoraussetzungen für die Entscheidung des Völkerbundesrates über die Vorbereitung der Saarabstimmung, Ausgangspunkt der Vereinbarung und der Entscheidung waren die Unabhängigkeit und Freiheit der Abstimmung und die Sicherstellung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Frankreich und Deutschland haben zu diesem Zweck eine besondere Garantieerklärung abgegeben. In Genf hat man bei allen diesen Sicherheitsvorkehrungen aber eines vergessen: daß noch ein wichtiger Partner an der Saarfrage interessiert ist, nämlich die Saarregierung. Für diese, die als Treuhänderin und als unparteiische Sachwalterin für die Vermaltung des Saargebietes in Stellvertretung des Völkerbundes eingeleitet worden ist, hat man irgendwelche Garantiefestsetzungen nicht getroffen, weil man wohl annahm, daß diese selbst auf Grund ihres Auftrages nichts unternehmen würde, was die Grundzüge einer freien und unbeeinflussten Abstimmung gefährden könnte.

Das Verhalten der Saarregierung während ihrer rund vierjährigen Tätigkeit hätte allerdings Anlaß geben können, hier etwas ergößlicher zu sein. Vielleicht hat dieser Argwohn auch mitgeteilt, als der Völkerbund auf Vorschlag des Generalsekretärs beschloß eine besondere Abstimmungskommission für die Abstimmung zu bestimmen, die inwieweit ihre Tätigkeit in Saarbrücken aufgenommen hat. Ihr am 1. Juli erläßener Aufschluß an die Saarbevölkerung unterteilt ausdrücklich, daß nichts unterlassen werde, „was erforderlich erscheint, die freie, geheime und unbeeinflusste Stimmabgabe sicherzustellen“. Ihr Aufgabengebiet greift somit zu einem Teil in das der Saarregierung ein. Die Sicherstellung einer freien und unbeeinflussten Stimmabgabe geht selbstverständlich auch die freie und unbeeinflusste Meinungsäußerung der Bevölkerung über die bevorstehende Volksabstimmung voraus. Es ist nicht angängig, daß einem Bruchteil der Bevölkerung, der zum größten Teil lausend und nicht abstimmberechtigt ist, volle Meinungsfreiheit in jeder Hinsicht gemährt wird, während der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung bei Befragung ihrer politischen Willens auf Grund von zahlreichen Sonderverordnungen die größten Schwierigkeiten bereitet werden.

Um die Einheit der deutschen Saarbevölkerung auch rein äußerlich in Erscheinung treten zu lassen, hatten bald nach der politischen Umwälzung in Deutschland die politischen Parteien des Saargebietes ihre Selbstauflösung und die politische Zusammenarbeit des deutschen Saarkollegiums in der Deutschen Front beschlossen. Mit dieser politischen klugen Maßnahme der lausendischen Parteien wurde von vornherein der Saarregierung die Möglichkeit genommen, den Versuch zu unternehmen, einen Teil der Parteien gegen den andern Teil auszuspielen. Wenn ein kleiner Rest der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei keine „Selbständigkeit“ behält und in engste Zusammenarbeit mit den französischen, separatistischen und Emigranten-Elementen tritt, dann ändert das an der gesamtpolitischen Lage an der Saar nicht das geringste.

Dieses Bild aber bekommt ein ganz anderes Gesicht, wenn festgestellt werden muß, daß die Saarregierung, also unparteiisch sein sollende Verwaltungskommission des Saargebietes, ganz offensichtlich sich dieser kleinen Clique für ihre politische Ziele bedient, wenn sie die nach dem Saargebiet geflüchteten deutschen Emigranten nicht nur bevorzugt behandelt, sondern eine ganze Reihe von ihnen in ihre Dienste nimmt. Der Völkerbund hat zwar der Saarregierung aufgetragen, eine Einstellung von Emigranten in ihre Dienste zu vermeiden, und Herr Knor, der englische Präsident der Saarregierung, hat das auch zugesichert. Trotzdem er nicht nur die bisher in die lausendischen Polizei eingewanderten Emigranten weiter zu seiner Verfügung, er hat ihnen sogar politische Sonderaufträge, die von der Saarbevölkerung als gemollte Herausforderung empfunden werden müssen.

In diesen Tagen fanden im Saargebiet durch die Polizei Hausdurchsuchungen in den Geschäftsräumen der Deutschen Front, von lausendischen Zeitungen und in den Privatwohnungen politisch hergetretener Personen statt. Darunter wäre zunächst nichts einzuwenden. Denn beim Vorliegen gewisser Verdachtsgründe muß die Polizei entsprechende Maßnahmen ergreifen. Daß mit dieser Hausdurchsuchung aber durch die Saarregierung gerade die aus Emigrantenfreier Stellung einmündigen Personen beauftragt wurden, und daß diese Aktionen sich ausgedehnt gegen solche Organe richteten, die die organisatorische Zusammenfassung des deutschen Willens an der Saar darstellen, das entspricht nicht dem Verlangen nach unparteiischer Amtswaltung und der Forderung nach Sicherstellung der öffentlichen Ordnung und einer freien und unbeeinflussten Abstimmung. Die Bevölkerung muß dieses Vorgehen der Saarregierung als gewollte Herabsetzung der öffentlichen Ordnung angesehen. Denn der Saarregierung kann nicht unbekannt sein, daß die Loslösung von Emigranten auf die treudeutsche

Saarbevölkerung außerordentlich erbitternd und aufreizend wirkt und leicht zu Zwischenfällen führen kann. Wenn man die krampfhaften Versuche der Saarregierung berücksichtigt, unter allen Umständen eine fremdländische Abstimmungspolizei für die Saarabstimmung zu erhalten, dann wird man das Gefühl nicht los, daß die Saarregierung in voller Kenntnis der Wirkung solcher Maßnahmen auf die Bevölkerung in Ruhe an der Saar wünscht. Diese Tatsache, die durch keinerlei Begründung oder Erklärung abgedreht werden kann, verlangt nach unserer Auffassung das Einschreiten des Völkerbundes, dessen Entscheidung, wie eingangs erwähnt, die Unabhängigkeit und Freiheit der Abstimmung und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zur Grundlage hat. Diese Grundlage aber ist durch das Verhalten der Saarregierung beseitigt worden, wodurch auch die Arbeit der Abstimmungskommission auf äußerste erschwert worden ist.

Inzwischen hat die Regierungskommission den Engländer Kemley zum Inspektor für die gesamten Polizei- und Landjägerkräfte des Saargebietes ernannt. Da sich diese Maßnahme im Sinne einer unparteiischen Behandlung der Bevölkerung auswirkt, wird die Zukunft lehren. Die Tatsache, daß der neue Inspektor Engländer ist und dem englischen Präsidenten unmittelbar untersteht, läßt mindestens darauf schließen, daß er in unmittelbarem Auftrag des Saarpäsidenten keine Anordnungen treffen wird. Das Vorgehen der lausendischen Polizei unter der Führung beauftragter Emigranten bei den Hausdurchsuchungen ist vom Saarpäsidenten ausdrücklich gebietet worden. Das muß bedenklich stimmen, nicht zuletzt auch bei Beurteilung der Ernennung des englischen Polizeipräsidenten. Bisher hofft die Saarbevölkerung noch, daß diese Maßnahme der Saarregierung den ersten Schritt zum Einlenken zu einem unparteiischen Kurs darstellt. Die Enttäuschung würde außerordentlich sein, wenn auch diese letzte Hoffnung trügt.

Ein Engländer führt die Saar-Polizei

Saarbrücken, 22. Juli.

Die Regierungskommission hat den Engländer Kemley zum Inspektor für die gesamten Polizei- und Landjägerkräfte des Saargebietes ernannt. In den bisherigen Zuständigkeiten ändert sich nichts. Unmittelbar über dem Oberkommando der blauen Polizei und des Landjägerkorps steht aber jetzt der neue Inspektor, der der Abteilung des Innern und dem Präsidenten Knor persönlich zugeteilt wird.

Bekanntnis zum Führer

Ministerpräsident Göring in Halle.

Der preussische Ministerpräsident Göring weilt in Halle, wo ihm der Ehrenbürgerbrief der Stadt überreicht wurde. Auf dem Thingplatz sprach dann der Ministerpräsident vor etwa 300 000 Menschen.

Die Rede des Ministerpräsidenten war eine von tiefer Beherzung für die Feinde des Volkstums und Verräter am Vaterland getragene Anklage, zugleich aber ein übermächtiges, begeistertes Bekennnis zum Führer und seinem Werke. Immer wieder wurde die Rede von tosendem Beifall unterbrochen. Wie ein Schwall aus dreifache Kampfszeit auf den Führer am Schluß aus 300 000 Kehlen, während roter Feuerchein auf den Höhen ringsum aufblannte.

Japan folgt England

Fast elfhundert Flugzeuge sollen gebaut werden.

Tokio, 22. Juli.

Die Aussprache im Unterhaus über die englische Luftaufklärung hat in Japan großes Aufsehen erregt. Die Presse betont die Notwendigkeit, daß Japan sofort mit den gleichen Maßnahmen antworten müsse.

In Kreisen des Kriegsministeriums wird erklärt, daß bereits ein neuer Plan zum Ausbau der japanischen Luftflotte aufgestellt wurde, wonach die Armee 800 und die Marine 288 neue Flugzeuge erhalten sollen.

Verstärkung der finnischen Luftwaffe?

Der finnische Feldmarschall Mannerheim äußert sich nach seiner Rückkehr aus England, wo er den englischen Luftwaffenoffizieren beizubehalten, in der finnischen Presse über die Notwendigkeit einer Aufrüstung Finnlands. Seit die gesamte finnische Presse stimmt dem Verlangen des Feldmarschalls zu, der vor allem eine Verstärkung der finnischen Luftwaffe fordert.

Italienische Luftmanöver

In Oberitalien fand in den letzten Tagen unter Einfluß starker Flugkreistreife eine Reihe militärischer Übungen statt, die den Zweck hatten, einen angenommenen Bombenangriff auf Bezirke des oberitalienischen Industriegebietes unmöglich zu machen. Gegen den von der angenommenen Grenze gemeldeten Angriff sehr hoch fliegender, mit Höchstgeschwindigkeit beladener feindlicher Bombengeschwader wurden Staffeln moderner Jagdflugzeuge eingesetzt, denen die Aufgabe gestellt war, das Bombardement der Industrieanlagen zu unterbinden.

Amtsenthbung Karpensteins

Franz Schwede Gauleiter von Pommern.

München, 23. Juli.

Die Reichspressestelle der NSDAP. gibt bekannt: Der Gauleiter von Pommern, Wilhelm Karpenstein, wurde wegen wiederholter Nichtbefolgung von Anordnungen der Parteiführung vom Führer seines Postens entbunden. Zum neuen Gauleiter von Pommern wurde der Pg. Franz Schwede, der bisherige Oberbürgermeister von Koburg ernannt.

Pg. Franz Schwede ist mit der Mitgliedsnummer 1584 eines der ältesten Mitglieder der NSDAP.; er wurde am 5. 3. 1888 im Memelland geboren machte den Weltkrieg bei der Marine mit, nahm an der Verletzung der Flotte vor Scapa Flow teil und kam 1921 aus englischer Gefangenschaft. Pg. Schwede wurde durch seinen erfolgreichen Kampf in Koburg bekannt; vor allem dank seiner Arbeit erreichte die NSDAP. hier zum ersten Male die absolute Mehrheit und damit wurde Koburg die erste nationalsozialistisch regierte Stadt in Deutschland. In Koburg organisierte Pg. Schwede bereits 1930 den ersten Freiwillichen Arbeitsdienst.

Arbeitsbeschaffungslotterie

Beginn der Ziehung.

München, 23. Juli.

In der Blumenschule in München begann die auf zwei Tage festgelegte Ziehung der 3. Geldlotterie für Arbeitsbeschaffung. Der erste größere Gewinn mit 5000 RM fiel auf die Nummer 2 308 113.

Entlassungen und Strafverurteilungen

Die Unterdrückung des Memeldeutschstums.

Memel, 23. Juli.

Ueber die Entlassungen, Dienstentbundenen und Strafverurteilungen während der Amtszeit des Gouverneurs Dr. Naunus wird bekanntgegeben:

Von den 400 Memelländern, die bei der Eisenbahn, bei der Post und im Soldatenamt tätig waren, sind 175 fristlos und ohne Entschädigung entlassen worden. 135 von ihnen wurden nach Groß-Eikauen strafverurteilt und sind dort schwersten Schikanierungen ausgesetzt. So sind Fälle bekannt, daß Schalterbeamte Aborte reinigen mußten. Bei Beschwerden wurde ihnen erklärt, daß sie erst einmal die litauische Sprache lernen sollten, bevor sie Ansprüche auf Ausübung ihres regulären Dienstes erheben.

Von den etwa 800 Beamten der autonomen Organe sind bis jetzt 160 entlassen bzw. gefündigt, und zwar vier Gerichtsräte fristlos; vier Referendare fristlos, 20 gefündigt zum 1. Oktober; drei Direktorenbeamte zum 1. August, zwei zum 1. Oktober, 12 Amtsstellen des Direktoriums zum 1. Oktober; 17 Polizeibeamte zum 1. August, 37 Subalternbeamte zum 1. Oktober; drei Landräte, zwei Kreisräte, drei Kreisraträte und 20 Amtsvorsteher fristlos; 35 Fortbeweise gefündigt. Weiter wurden fünf Stadträte, Bürgermeister Brindlingen und der Direktor des Memeler Stadttheaters, Albers, fristlos entlassen. 110 reichsdeutsche Lehrer und Beamte sind mit dem 1. Juli endgültig entlassen.

Ferner ist eine weitere Liste mit Entlassungen von Lehrern und Staatsbeamten bereits vorbereitet (etwa 60 an der Zahl), ebenso eine Liste für die Entlassung von über 50 städtischen Beamten und Angestellten. Außerdem ist auf Grund von Anweisungen des Landespräsidenten Reissigs Pressevertretern gegenüber mit zahlreichen weiteren Entlassungen zu rechnen.

Franreich und das Saargebiet

Die Reizewoeffiziere fordern stärkere Aktivität.

Paris, 23. Juli.

Eine Landstagnation des Verbandes französischer Reizewoeffiziere in St. Malo äußerte den bezeichnenden Wunsch, daß die „französische Regierung schon jetzt die notwendigen Maßnahmen ergreifen möge, um die französischen Besitzungen jenseits neutralen Territoriums, dessen Schicksal durch eine kommende Abstimmung entschieden wird und auf dem sich die Deutschen schon jetzt als Herren und Meister aufspielen (1), zu schützen“. Die französische Regierung wurde aufgefordert, im Saar-Gebiet eine rege Propaganda durchzuführen, die den Saargebietern „beweise, daß Frankreich sie nicht vergesse“.

Weitere Saarzeitungen verboten

Saarbrücken, 23. Juli.

Die Regierungskommission des Saargebietes hat fünf weitere deutsche Saarzeitungen, insgesamt also 25, auf die Dauer von drei Tagen verboten. Diesmal hat die Regierungskommission sich nicht einmal die Mühe gemacht, das Verbot zu begründen. In den letzten Tagen sind übrigens auch mehrere Zeitungen aus dem Reich polizeilich beschlagnahmt worden.

